

atomwaffenfrei

informationen der gewaltfreien aktion atomwaffen abschaffen

Ziviler Ungehorsam auf der Anklagebank!

Erwin Eisenhardt, dem Webadministrator unserer Internetseite und Marion Küpker, der Koordinatorin der GAAA, wird vorgeworfen, im Sommer vergangenen Jahres auf www.bye-bye-nuclear-bombs.gaaa.org zu Go-In-Aktionen in den Atomwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel und somit zum Hausfriedensbruch aufgerufen zu haben. Das Anklagekonstrukt lautet auf öffentliche Aufforderung zu Straftaten, und Geldstrafen von 30 und 40 Tagessätzen à 50 Euro (1.500/2.000 Euro) sind in den Strafbefehlen festgelegt. Die zum 30. September anberaumte Hauptverhandlung in Leonberg bei Stuttgart wurde kurzfristig verschoben, und ein neuer Termin ist noch nicht bekannt.

Der Grund für diesen „juristischen Disziplinierungsversuch“ ist eindeutig: Die Regierung versucht, unseren Widerstand mundtot zu kriegen. Im Rahmen unserer 2007 gemeinsam mit 48 Gruppen und Organisationen begonnene Kampagne „Deutschland atomwaffenfrei bis 2010“ führten wir viele Aktionen von „Lobbyarbeit bis Zivilem Ungehorsam“ durch, wobei wir, die GAAA, unseren Schwerpunkt auf Letzteres setzten. Unsere Widerstandsbreite brachte endlich Erfolge: 2008 wurde zur ersten Großdemonstration mit über 2.500 Menschen und der anschließenden Go-In Aktion nach Büchel mobilisiert. 2009 kam es u.a. zur ersten gemeinsamen Go-In Aktion mit dem regionalen „Initiativkreis gegen Atomwaffen“, an dem sich der Pfarrer Engelke beteiligte. Wir zwangen die Regierung, die Existenz der Atomwaffen – die sie bis 2009 leugnete – öffentlich zuzugeben. Westerwelle setzte sich 2009 im Koalitionsvertrag für deren Abzug durch Gespräche mit den Verbündeten in der NATO ein, woraufhin Anfang 2010 die „Forderung“ nach Abzug aller 200 in Europa stationierten US-Atomwaffen erhoben wurde. Die Sache geriet ins Rollen, sodass trotz offensichtlicher Zurückhaltung des deutschen Delegierten auf der UN-Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Mai 2010 dieses zum ersten Mal dort diskutiert wurde,

und der Wunsch nach Abzug durch die vielen Nicht-Atomwaffenstaaten Eingang in den Dokumentenentwurf fand. Im Abschlussdokument wurde dieser aber auf Druck der USA wieder entfernt. Obama hat bereits die Gelder zur Modernisierung der Atomwaffensysteme in Büchel bewilligt. Daran gibt es starke Kritik, und auch anderswo regt sich Widerstand gegen die Verschwendung öffentlicher Gelder, was bei den Atomwaffen um so offensichtlicher ist, als es um illegale Massenvernichtungswaffen geht. Von der NATO geht Gefahr für den Frieden aus, u.a. weil ihre führenden Länder – die USA, Frankreich und Großbritannien – ihre Atomwaffenarsenale in unglaublichem Ausmaß modernisieren. Auch versuchen sie, Atomwaffeneinsätze wieder gesellschaftsfähig zu machen: Anfang November soll beim NATO-Gipfel in Lissabon die neue Nuklear-Doktrin bekannt gegeben werden, für die der Einsatz von „mininuke“-Atomsprenköpfen im „Kampf gegen den Terror“ diskutiert wird. Es wundert daher nicht, dass juristisch versucht wird, unseren angemessenen Widerstand dagegen zu beschäftigen, zu kriminalisieren und finanziell auszulaugen. Es soll wieder ruhig um dieses Thema werden und der Eindruck entstehen, unter Obama und Westerwelle gehe doch alles seinen geregelten Gang Richtung Abrüstung. Hierfür werden medienwirksam der Weltöffentlichkeit die inhaltsleeren Abschlüsse zum START- und Atomwaffensperrvertrag als Erfolge verkauft.

Demgegenüber nehmen immer mehr BürgerInnen ihr demokratisches Demonstrationsrecht wahr und setzen dort, wo Unrecht zu Recht wird, Aktionen Zivilen Ungehorsams ein, wie es sich bei den kommenden Anti-Atomprotesten gegen Laufzeitverlängerung und Castortransport oder aktuell zu Stuttgart 21 zeigt. Damit Ziviler Ungehorsam im anti-militaristischen Bereich an Breite und Stärke gewinnt, findet die PAXX-Aktionsakademie Ende Oktober in Mannheim statt (www.paxx-action.net). Wir brauchen eure Solidarität auch bei den Prozessen. Meldet euch, wenn ihr zum neuen Prozesstermin kommen wollt. mk

Inhalt:

Editorial

Strafvereitelungen 2

Bericht

Atomare Wiederbewaffnung 3

Meldungen

GAAA-Jahrestagung 4

Lesetipp:

Pazifisten im Visier der Justiz
vom Kaiserreich bis in die Gegenwart
ISBN 3-351-02578-5



Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen

Mitgliedsorganisation
der



Liebe LeserInnen, ursprünglich sollte am 30. September der Prozess gegen Erwin und mich laufen (siehe Titelstory), sodass wir für dieses atomwaffenfrei Teile unserer Prozessklärungen sowie das Urteil planten. Die Terminaufhebung kam zwar kurzfristig, aber so haben wir nochmal die Möglichkeit, über diesen Prozess zu informieren, Formen der Strafvereitelung vorzustellen und so Spenden dafür einzuwerben. Bereits 2004 wurde versucht, vier GAAA-Aktive für das Verteilen eines Flugblatts, in dem es um die Aufforderung an die Bücheler Soldaten zur Befehlsverweigerung bezüglich der dortigen illegalen Massenvernichtungswaffen ging, mit hohen Strafen zu belegen - auch hier ging es um „Aufruf zu Straftaten“. Zum Glück ist die Tradition der Richter aus dem Dritten Reich gebrochen, sodass zumindest in der Berufungsinstanz das Landgericht das Recht auf Meinungsfreiheit und auch das Recht der Soldaten auf ihr Handeln nach ihrem Gewissen anerkannte. „Blinder Gehorsam“ ist weder zeitgemäß, noch kann es angehen, dass das Militär sich der demokratischen Kontrolle total entziehen und die Gerichte als Repressionsinstrument missbrauchen darf. Die Auseinandersetzung in den Gerichten ist Teil unseres politischen Kampfes. Wir müssen der Repression gegen Zivilen Ungehorsam entgegen wirken, gerade jetzt, wo gewaltfreie Blockaden zunehmend auch von „bürgerlichen“ Aktionsbündnissen (z.B. gegen Nazi-Aufmärsche oder Stuttgart 21) als angebrachtes Mittel des Protests eingesetzt wird.

Der geschichtliche Rückblick im Artikel über die ersten Atomwaffen in der Bundesrepublik soll nochmal deutlich machen, welche wahnsinnigen Pläne das Militär gleich nach dem Hitler-Faschismus wieder verfolgte und wie viel Vertrauen wir in die heutigen Pläne haben dürfen. Wir machen weiter, bis Kriege und Massenvernichtungswaffen abgeschafft sind, und wir laden euch herzlich zu unserem Planungstreffen Anfang Dezember in Köln ein! Viel Spaß beim Lesen,

Marion Küpker
für die GAAA

Strafvereitelungen

Zur Zeit laufen gegen GAAA-Aktive fünf Strafverfahren wegen gewaltfreier Aktionen, die während unseres Sommercamps 2009 bei Büchel stattgefunden haben. Das ist Anlass, zurückzublicken auf Solidaritätsaktionen für Leute, die in der Vergangenheit wegen ihrer Teilnahme an Zivilen Ungehorsam in Büchel verurteilt worden sind. Bisher gab es 53 rechtskräftige Verurteilungen, und 10 Mal hielten GAAA-Aktive „Mahnwachen hinter Gittern“ ab.

Offene Briefe

Die beste Möglichkeit, Solidarität für Verurteilte einzuwerben, besteht darin, dass die Betroffenen selbst die Informationen darüber, warum sie an einer Aktion teilgenommen haben und wie es zur Bestrafung gekommen ist, über die GAAA und auch gezielt in ihrem Bekannten- und Verwandtenkreis verteilen. Einerseits haben wir auf diese Weise etliche Soli-Unterschriften sammeln können, zum anderen kam dabei auch Geld zusammen, das wir zur Bezahlung von Verfahrenskosten, Geldstrafen, Geldbußen oder auch zum Freikaufen aus Gefängnissen verwenden konnten. Vor meinen letzten drei Knastaufenthalten habe ich jedesmal der Strafverfolgungsbehörde geschrieben, dass ich weder willens noch in der Lage sei, die Geldstrafen zu bezahlen. Also hatte ich die so genannten „Ersatzfreiheitsstrafen“ anzutreten. Bevor ich das tat, entwarf ich Texte für Offene Briefe an mehrere Adressaten, die politisch für die Atomwaffenlagerung und juristisch für die Einschüchterung gewaltfreier AktivistInnen verantwortlich waren. Diese Texte schickte ich per Rundschreiben an viele FreundInnen und bat um Unterzeichnung der Offenen Briefe. Die UnterzeichnerInnen teilten im Brieftext den Adressaten nicht nur mit, dass sie gegen die Atomwaffenpolitik und gegen die Verurteilung von Gewaltfreien protestierten, sondern auch, dass sie mit Geldspenden dazu beitragen würden, meine Haftzeiten zu verkürzen. Und schließlich erklärten sie sich damit einverstanden, dass ihre Namen unter den Offenen Briefen auch von Medien veröffentlicht werden durften.

Für einen solchen Offenen Brief im Jahre 2001 erhielt ich die Unterschriften von 103, für den nächsten in 2004 von 108 SympathisantInnen. Den dritten im Jahr 2007 entwarf ich auch für die beiden mit mir verurteilten Hanna und Johannes. Von dem Geld, das 360 Leute uns spendeten, konnten wir nicht nur die Haftzeiten von Hanna und mir nach Belieben verkürzen, sondern auch die Geldstrafe von Johannes komplett bezahlen. Mit anderen Worten: Es gab „eine komplette und zwei partielle Strafvereitelungen“. Und obendrein blieb noch Geld übrig, das für spätere Rechtshilfekosten reserviert werden konnte.

Kreative Aktionen

Besonders spektakuläre Strafvereitelungen gab es zugunsten von Rebecca und Armin, die wegen einer unserer „Zivilen Inspektionen“ in Büchel 1997 zu Geldstrafen verurteilt worden waren. Als Rebecca in den Knast ging, nahm sich ihre Freiburger Soli-Gruppe vor, 200 Unterschriften unter eine Petition zu sammeln. Binnen kurzer Zeit erhielt sie rund 400 Unterschriften und jede Menge Geldmünzen für's „Rauskaufen“. Die Gruppe erschien dann – begleitet von Presseleuten – vor dem Gefängnis in Bühl, reihte dort die 400 Petitionen an einer Wäscheleine auf – später wurden sie an die Bundesregierung geschickt – und lösten die Gefangene mit einem Beutel voller Münzen aus. Armin lief zum Haftantritt von seiner Heimatstadt Freiburg bis zum Knast in Kehl tagelang in Sträflingsklamotten durch mehrere Städte und ließ sich nach drei Tagen hinter Gittern von der EU-Abgeordneten Ilka Schröder freikaufen. Ilka begründete ihre Handlung gegenüber der Presse so: „**Menschen wie Armin gehören nicht in den Knast, sondern auf die Straße, um weitere Aktionen zivilen Ungehorsams zu planen.**“ Und sie überreichte ihm eine Säge, damit er sich „**tatkräftig an den bevorstehenden Aktionen gegen die Castor-Transporte beteiligen**“ könne.

Es ist auch schon öfter vorgekommen, dass Verurteilte ihre Geldstrafen zum Großteil aus eigener Tasche zahlen mussten, da nicht genug in unserer Rechtshilfekasse war und auch ein Offener Brief zu zeitaufwendig geworden wäre. Die Geldstrafen sind neuerdings deutlich in die Höhe gegangen, weshalb wir uns über jede zusätzliche Spende sehr freuen (bitte trägt hinten im Überweisungsschein beim Betreff „Rechtshilfe“ mit ein). Und meldet euch bei Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar oder per Email: jur.folgen@gaaa.org, wenn ihr zukünftig auch einen Offenen Brief erhalten wollt.

mo 

Impressum atomwaffenfrei

Herausgeber:
Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen GAAA
V.i.S.d.P. Marion Küpker
Beckstr. 14
20357 Hamburg
Tel. 040 - 430 73 32
www.gaaa.org
hamburg@bombspotting.org

Bürozeiten:
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr

Bankverbindung:
GLS Gemeinschaftsbank
Konto-Nr. 8019151200
BLZ 43060967

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Atomare Wiederbewaffnung

Als Folge der Kapitulation Deutschlands (8. Mai 1945) beschlossen die alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und die Sowjetunion auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands. Die Armee wurde entwaffnet und aufgelöst.

Dann kam es aber vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts in Westeuropa zu Befürchtungen, dass ein Angriff der Roten Armee auf Westdeutschland nicht auszuschließen sei. Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer forderte die Einbeziehung in ein westliches Militärbündnis, sodass bereits 1954 die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO beschlossen wurde (Pariser Verträge). Der Beitritt erfolgte am 9. Mai 1955 und war zugleich der Beginn der Wiederbewaffnung Westdeutschlands. Der Ausbau der neuen Streitkräfte wurde betrieben, die Wehrpflicht und die alten Wehrmacht-Generäle wieder eingesetzt und 1957 der Stationierung von US-Atomwaffen auf deutschem Boden, die im Rahmen der NATO bis zur Freigabe unter Verschluss der US-Armee blieben, ausdrücklich zugestimmt.

Die für das Gefechtsfeld konzipierten taktischen US-Atomwaffentypen, für die die Bundeswehr nun die Trägersysteme bereitstellte, waren Haubitzen mit einer Reichweite von 30-35 km, die Kurzstreckenraketen vom Typ Honest John sowie die Pershing, eine Mittelstreckenrakete mit bis zu 800 km Reichweite. Bei der deutschen Luftwaffe waren die Boden-Luft-Abwehrrakete Nike-Herkules, die auch als Boden-Boden-Rakete verwendet wurde,

sowie das bekannte Düsenflugzeug vom Modell F 104, der zum Bomber umgebaute Starfighter, wichtig.

Diese Entwicklung führte zu erheblichen politischen Auseinandersetzungen in der westdeutschen Bevölkerung. 1957 warnten 18 der berühmtesten deutschen Naturwissenschaftler (darunter die Atomforscher Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker) in der Göttinger Erklärung davor, die Folgen der Atomwaffen zu verharmlosen: „*Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Jede taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat.*“ Albert Schweitzer, der Träger des Friedensnobelpreises, richtete wenige Tage später am 23. April 1957 gegen diese Atombewaffnung seinen „Appell an die Menschheit“.

Die Generäle, Adenauer und der von 1956 bis 1962 amtierende Verteidigungsminister Strauß wollten darüber hinaus eine eigene Verfügungsgewalt über Atomwaffen, die sie über verschiedene Wege erlangen wollten. Sie entwickelten die „Vorwärtsverteidigungs“-Doktrin“, wodurch der verharmlosende und falsche Begriff „Atom-Mine“, der für ADM = At-

omic Demolition Munition steht, geprägt wurde. Diese Doktrin verpflichtete, in jeder kriegerischen, d.h. auch konventionellen Auseinandersetzung, zum Einsatz von Atomwaffen, da diese das Risiko für die Sowjetunion unkalkulierbar halten und sie daher abschrecken sollte, selbst Atomwaffen einzusetzen. Bereits 1954 zog die Sowjetunion auch bei den Wasserstoffbomben und neuen Flugzeugen mit interkontinentaler Reichweite mit den USA gleich. Damit etablierte sich das so genannte Gleichgewicht des Schreckens, wodurch ein nuklearer Schlagabtausch zum „Over-kill“ geführt, d.h. die Menschheit mehrfach vernichtet hätte. Nun glaubten diese deutschen Verantwortlichen, sie könnten bei einem Vormarsch des Feindes auf deutschem Boden nur dann schnell mit den „kleinen“ ADMs der USA reagieren, wenn sie selbst (ohne lange Befehlskette) die Befehlsgewalt hierüber hätten und so verhindern könnten, dass die beiden Atomkräfte weltvernichtend gegeneinander antreten. Dabei wären im Ernstfall z.B. allein durch den „innerdeutschen Minengürtel“ 20 Millionen Menschen getötet worden. Zeitweilig hatte das westdeutsche Militär 30 bis 35 ADMs in eigener Befehlsgewalt und hätte gern über 1.000 ADMs verfügt.



Fortsetzung ➔



Foto: Heinz Eckel

100 000 demonstrierten im September gegen die AKW-Laufzeitverlängerung und symbolisch wurde der Bundestag blockiert, wo auch gegen die Atomwaffen in Büchel protestiert wurde. Anfang November werden Tausende zur Sitzblockade gegen den Castor im Wendland erwartet: www.x-tausendmalquer.de

Einladung zur GAAA-Jahrestagung

Am Wochende 4./5. Dezember findet in Köln in der Alten Feuerwache unsere diesjährige Tagung statt. Dort planen wir unsere Aktionen für 2011.

Bereits diesen Sommer hat sich der Kampagnenrat „Deutschland atomwaffenfrei bis 2010“ in Kassel getroffen und Resümee der Kampagne gezogen. Die Teilerfolge führen zu dem Schluss: Es soll ab 2011 eine gemeinsame Folgekampagne geben!

Sofern die Atomwaffen nicht bald aus Büchel verschwinden, könnten dort größere Aktionen Zivilen Ungehorsams nötig sein. Blockadeaktionen z.B. sind keine Straftat, sondern werden maximal mit Bußgeldern geahndet und stellen für den/die Einzelne/n eine geringere Hürde dar im Gegensatz z.B. zu einer Go-In Aktion. Die erfolgreiche große Blockade der Atomsprengkopffabrik im britischen Aldermaston, die dort von CND (übersetzt „Kampagne für nukleare Abrüstung“) und „Trident Ploughshare“ (siehe atomwaffenfrei der ZivilCourage 2/2010) Anfang diesen Jahres organisiert wurde, ist für uns sehr inspirierend. Dieses und vieles mehr gilt es zu diskutieren.

Unsere Gruppe ist ein wenig in die Jahre gekommen, d.h. um den Protest verstärken zu können, sind uns neue MitstreiterInnen/ NeueinsteigerInnen sehr willkommen. Ruft einfach an, wenn ihr mehr wissen wollt!

Die Einladung mit Tagesordnungsvorschlag kann im November per Email bestellt werden.

Bei dem Treffen wird es außer ums Aktionen planen und Kennenlernen auch um die Verbesserung unserer Struktur und um Aufgabenverteilung gehen. Wir legen Wert auf vegetarische/vegane Bio-Verpflegung und organisieren private Übernachtungsplätze, um die Kosten für jede/n so niedrig wie möglich zu halten. Wer trotzdem gern in einem Hotel/Pension oder Jugendherberge übernachten möchte, sollte rechtzeitig Bescheid geben. Wer teilnehmen möchte melde sich bitte unter hamburg@bombspotting.org oder an die

**GAAA z. Hd. Marion Küpker,
Beckstr. 14, 20357 Hamburg,
Tel.: 040-4307332**

mk 

Heute gibt es noch ca. 20 US-Atomwaffen in Deutschland auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel.

Darüber hinaus bekamen auch in der Bundesrepublik einige Nazi-Forscher, die noch unter Hitler an der Entwicklung der Atombombe arbeiteten, 1955 im neuen Atomforschungszentrum GKSS in Geesthacht bei Hamburg neue Wirkungsmöglichkeiten: Dort entstand die Infrastruktur zum Bau einer Atombombe, und reale Plutoniumforschung wurde betrieben. Die Umgebung der GKSS (mit dem Atomkraftwerk Krümmel in direkter Nachbarschaft) weist heute die weltweit größte Häufung von Kinder-Leukämieerkrankungen für sogenannte unbelastete Regionen auf. Parallel wurde in Kooperation mit der GKSS in Brasilien 1975 das deutsch-brasilianische Atomprogramm unter der dortigen Militärdiktatur aufgebaut und ein Atomtestgelände vorbereitet, was 1985 am Sturz dieser Militärdiktatur scheiterte.

Das Kernforschungszentrum Karlsruhe wurde 1956 gegründet: die Aktivitäten lagen auf dem „zivilen“ Gebiet der Atomenergie-Entwicklung und war u.a. mit der militärischen Wiederaufbereitungstechnologie beschäftigt, welche das Plutonium für die Bomben extrahiert. Starke Proteste verhinderten in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts geplante Wiederaufbereitungsanlagen in Gorleben, Wackersdorf und Volkmarsen. Auch entstand 1957 bei München der Forschungsreaktor Garching, wo heute noch atomwaffenfähiges Material eingesetzt wird, was gegen internationale Gesetze verstößt.

mk 

Quellen u.a.:

Buch: Detlef Bald, Politik der Verantwortung, Das Beispiel Helmut Schmidt, 2008 im Aufbau-Verlag

Die größte ADM-Version besaß die dreifache Vernichtungskraft der Hiroshimabombe. In der Öffentlichkeit wurde die Gefahr der atomaren Aufrüstung systematisch bagatellisiert, und die Mehrheit der Bevölkerung schien bald überzeugt, es gäbe gar keine Atombewaffnung.

So erklärte Bundeskanzler Adenauer, dass es sich bei den ersten in Deutschland eingelagerten Atomgranaten lediglich um eine ganz normale Weiterentwicklung der Artillerie handele. Adenauer gelang es,

die Angst vor der nuklearen Vernichtung gegen die Furcht vor der „kommunistischen Bedrohung“ zu stellen. Die Kritiker wurden verdächtigt, auf Seiten Moskaus, wenn nicht sogar auf der Gehaltsliste der Sowjets zu stehen. Helmut Schmidt war der erste europäische Politiker, der mit seinem Buch „Verteidigung und Vergeltung“ ein Werk gegen diese „nukleare Verteidigung“ veröffentlichte und später als Verteidigungsminister (1969-72) im NATO-Bündnis erfolgreich gegen diese Vorstellungen anging.



Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Begünstigter

atomwaffenfrei

Konto-Nr. des Begünstigten

563131004

Kreditinstitut des Begünstigten

Volksbank in Stuttgart

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer

- noch Verwendungszweck (nur für Begünstigten)

atomwaffenfrei

Kontoinhaber/Einzahler: Name

Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

BW-Foerderverein f. Frieden/Abruestung e.V.

Konto-Nr. des Begünstigten

563131004

Bankleitzahl

60090100

Kreditinstitut des Begünstigten

Volksbank in Stuttgart

EUR

Betrag: Euro, Cent:

Kunden-Referenznummer - noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden - (nur für Begünstigten)

atomwaffenfrei GAAA

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen á 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Schreibmaschine: normale Schreibweise
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN

18

(Quittung bei Bareinzahlung)

Datum, Unterschrift